

Medienkonferenz 14. Januar 2026

**Referat Heinz Theiler, Präsident Kantonal-Schwyzerischer Gewerbeverband, NR/FDP**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Ich spreche heute zu Ihnen als Mitglied der Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes, als Präsident des Gewerbeverbandes des Kantons Schwyz und als Unternehmer im Autogewerbe. Und ich möchte mit einem konkreten Beispiel aus dem Gewerbe beginnen.

Eine Autogarage aus der Zentralschweiz: rund 15 Mitarbeitende, Lehrlinge, hohe Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung. Der Betrieb macht einen hohen Umsatz, arbeitet aber mit sehr tiefen Margen – typisch für das Gewerbe. In einem wirtschaftlich anspruchsvollen Jahr fällt der Gewinn bescheiden aus. Die Rechnung der SRG beträgt trotzdem mehrere tausend Franken. Nicht weil im Betrieb besonders viel Radio gehört oder Fernsehen geschaut würde – sondern einzig wegen des Umsatzes.

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Genau so funktioniert die heutige Medienabgabe für Unternehmen. Sie hat nichts mit Nutzung zu tun. Sie ist eine umsatzabhängige Pflichtabgabe. Ob ein Betrieb SRG-Angebote nutzt oder nicht, spielt keine Rolle. Entscheidend ist allein der Umsatz. Das ist für viele KMU nicht nachvollziehbar. Besonders stossend ist die Doppelbelastung. Die Unternehmerin bezahlt privat die Haushaltabgabe. Die Mitarbeitenden ebenfalls. Und der Betrieb bezahlt zusätzlich – für dieselben Personen. Man bezahlt also zweimal für denselben Service.

Der Bundesrat anerkennt dieses Problem teilweise, bleibt aber auf halben Weg stehen. Er schlägt vor, Unternehmen mit einem Umsatz unter 1,2 Millionen Franken von der Abgabe zu befreien. Wieso 1.2 Millionen? Wieso nicht 1 Million? Wieso nicht 5 Millionen? Falsch bleibt falsch. Diese Grenze von 1.2 Millionen ist willkürlich. Ein Betrieb mit 1,15 Millionen Franken Umsatz zahlt nichts – ein Betrieb mit 1,25 Millionen Franken zahlt wieder voll. Die wirtschaftliche Realität ändert sich dadurch nicht. Die Margen sind nicht plötzlich höher, die Belastbarkeit nicht plötzlich besser. Und vor allem bleibt der Systemfehler bestehen: Die Abgabe bleibt umsatzabhängig und losgelöst von jeder Nutzung.

Auch mit dem Gegenvorschlag müssten weiterhin über 80'000 Unternehmen jedes Jahr über 160 Millionen Franken an die SRG bezahlen. Das ist keine echte Entlastung für das Gewerbe. Dieses Geld fehlt in den Betrieben. Es fehlt bei der Ausbildung von Lernenden, bei Investitionen, bei der Digitalisierung, bei der Cyber-Sicherheit. Gerade für KMU ist das spürbar.

Die Initiative «200 Franken sind genug» löst dieses Problem konsequent. Sie schafft die ungerechtfertigte Doppelbelastung vollständig ab. Sie entlastet alle Unternehmen – vom kleinen Gewerbebetrieb bis zum grösseren KMU. Diese Initiative steht für Fairness. Sie entlastet Haushalte. Sie entlastet das Gewerbe. Und sie korrigiert einen Systemfehler, den der Gegenvorschlag des Bundesrates nicht behebt.

Darum sage ich überzeugt: Ja zur SRG-Initiative, Ja zu 200 Franken, Ja zu fairen Bedingungen für unser Gewerbe und unsere KMU! Vielen Dank.